



«Lieber keine Reform der Pensionskasse als diese» SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi lehnt den Kompromiss zur beruflichen Vorsorge ab – und kritisiert den Arbeitgeberverband

Herr Aeschi, die Vorwürfe des Arbeitgeberpräsidenten Valentin Vogt sind heftig: Die SVP sei nicht bereit, bei der Altersvorsorge Verantwortung zu übernehmen, und verharre auf Maximalpositionen. Stimmt es, dass Ihre Partei nicht kompromissbereit ist?

Valentin Vogt sticht uns das Messer in den Rücken. Er hat vergessen, mit wem er den Abstimmungskampf gegen die Aufstockung der AHV um 70 Franken bei der Rentenreform 2020 gewonnen hat. Die SVP hat sich dort stark engagiert. Und nun legt sich der Arbeitgeberverband mit den Linken ins Bett. Vogt war das wichtiger, als mit der SVP, der FDP und dem Gewerbeverband das Gespräch zu suchen. Das ist Verrat.

Aus Ihrer Sicht wäre also eine bürgerliche Lösung möglich gewesen?

Wir waren die Gewinner der Abstimmung über die Rentenreform 2020, die das Volk ablehnte. Deshalb hätten uns die Linken entgegenkommen müssen. Wie wir dies nach dem Nein zur Unternehmenssteuerreform III ja auch bei der Steuer- und AHV-Vorlage gemacht haben. Stattdessen unterstützt der Arbeitgeberverband nun eine rein gewerkschaftliche Lösung.

Die Senkung des Umwandlungssatzes ist für Sie kein Entgegenkommen der Gewerkschaften?

Nein. Die Gewerkschaften hatten dieser Senkung bereits in der Rentenreform 2020 zugestimmt. Der neue Vorschlag belastet die jungen Beitragszahler ein weiteres Mal mit zusätzlichen Lohnabzügen. Den neuen Zuschlag in der 2. Säule wird man nie mehr wegbringen, auch wenn dies behauptet wird. Die zusätzlichen Abzüge schaden der Konkurrenzfähigkeit des Werkplatzes Schweiz. Leidtragende sind die Arbeitnehmer und die Gewerbler, die mehr bezahlen.

Wie hätte denn aus Ihrer Sicht ein Kom-

promiss für die Sanierung der 2. Säule aussehen müssen?

Dass die Gewerkschaften auf ihren linken Positionen verharren, ist nachvollziehbar. Aber ich hätte von Vogt erwartet, dass er zumindest das Gespräch mit uns allen sucht. Aber ihm und der Economiesuisse geht es darum, um jeden Preis ein Päckli mit den Linken zu schnüren, um nach den Wahlen das Rahmenabkommen mit der EU gegen die SVP durchzubringen.

Aber die Wirtschaft muss beim Rahmenabkommen ja mit den Linken paktieren, weil die SVP grundsätzlich dagegen ist. Das ist eine alte Leier. Wir wollen die Unabhängigkeit der Schweiz bewahren und verhindern, dass die EU in zentralen Bereichen wie der Zuwanderung, der Sozialversicherungen oder der Landwirtschaft für uns bestimmt. Vielmehr braucht es auch künftig bilaterale Verträge auf Augenhöhe.

Und deshalb kann die SVP in der Europapolitik keine Partnerin der Wirtschaft sein.

Die multinationalen Konzerne sind zunehmend nur an kurzfristigen Gewinnen interessiert. Dafür sind sie sogar bereit, die Souveränität der Schweiz zu opfern. Nun stellt sich nach der Economiesuisse auch der Arbeitgeberverband völlig in den Dienst dieser Grossunternehmen und ist bereit, dafür die Seele der Schweiz zu verkaufen.

Nochmals: Was wäre denn Ihr Vorschlag zur Reform der beruflichen Vorsorge?

Wir befürworten eine Senkung des Umwandlungssatzes, aber ohne Erhöhung der Lohnprozente und ohne neue Umverteilung à la AHV, so wie dies auch der Gegenvorschlag des Schweizerischen Gewerbeverbands vorsieht. Der Vorschlag der Arbeitgeber und Gewerkschaften wird dazu führen, dass die 1. und die 2. Säule verschmelzen, hin zur

staatlichen Einheitsrente. Das ist das Ziel der Gewerkschaften.

Ihr Vorschlag wird nicht mehrheitsfähig sein.

Das wird das Volk entscheiden. Aber lieber gar keine Reform der Pensionskasse als diese Abgabenerhöhung. Man sollte das Problem mit einer gewissen Gelassenheit betrachten. Dank dem überobligatorischen Teil ist das Problem des zu hohen Umwandlungssatzes gar nicht so akut.

Eine Möglichkeit zur Entlastung von AHV und Pensionskasse wäre die Erhöhung des Rentenalters, wie dies kürzlich Finanzminister Ueli Maurer vorgeschlagen hat. Warum haben Sie Ihren Bundesrat nicht unterstützt?

Der Vorschlag entspricht nicht unserer Meinung. Wir sind im Rahmen der gegenwärtigen AHV-Reform für eine Angleichung des Rentenalters der Frauen auf 65 Jahre. Dies alleine ist bereits mehrheitsfähig an der Urne. Darum braucht es dazu auch keine zusätzlichen Kompensationen von 700 Millionen Franken, wie das der Bundesrat vorschlägt.

Das heisst, die SVP ist grundsätzlich gegen die Erhöhung des Rentenalters bei Frauen und Männern?

Wir unterstützen bei der AHV-Revision das Rentenalter 65/65.

Und bei einer nächsten Reform?

Nach der AHV geht es um die Sanierung der beruflichen Vorsorge, die wir hoffentlich getrennt behandeln und nicht wieder in einem Päckli. Was danach kommt, ist offen.

«Der neue Vorschlag belastet die jungen

Neue Zürcher Zeitung



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 102'430
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 13
Fläche: 74'566 mm²

Auftrag: 3005691
Themen-Nr.: 220.104

Referenz: 74183206
Ausschnitt Seite: 2/2

Beitragszahler ein weiteres Mal mit zusätzlichen Lohnabzügen.»

Sie drücken sich vor einer klaren Antwort. Obwohl eine allgemeine Erhöhung des Rentenalters doch sowohl die 1. als auch die 2. Säule entlasten würde.

Das stimmt. Aber eine Erhöhung des Rentenalters über 65/65 hinaus steht für uns derzeit nicht zur Diskussion. Jetzt geht es um die Vorschläge zur AHV und zur beruflichen Vorsorge, die auf dem Tisch liegen.

Die SVP liegt mit der heimischen Wirtschaft im Streit wegen des Rahmenabkommens mit der Europäischen Union und nun auch wegen der Altersvorsorge. Funktioniert der vielbeschworene bürgerliche Schulterchluss überhaupt noch?

Der Ständerat hat in der Sommersession einer Motion der SVP zugestimmt, die ein Revitalisierungspaket für unser Land verlangt, um die Standortattraktivität zu steigern und die Absatzmärkte zu diversifizieren. Die Schweiz muss bessere Rahmenbedingungen haben als die EU. Nur so können wir konkurrenzfähig bleiben, wenn die EU uns weiterhin erpresst. In der Wirtschaftspolitik funktioniert der bürgerliche Schulterchluss also durchaus.

Interview: Lukas Mäder



Die Schweiz muss bessere Rahmenbedingungen haben als die EU», sagt Thomas Aeschi.

SIMON TANNER / NZZ